

„Zwischen Landtag und Rittergut. Partizipation, Identität und Netzwerke des Adels in der Oberlausitz (ca. 1635-1831)“

Nico Hillme

Das Markgraftum Oberlausitz stellte verfassungsgeschichtlich seit dem Mittelalter einen Sonderfall im Gefüge des Alten Reichs dar. Als Nebenland verschiedener Territorien existierte nie eine im Land ansässige Dynastie und damit auch kein Hof als politisches, religiöses oder kulturelles Zentrum. Dies eröffnete den ansässigen Ständen besondere Handlungsspielräume zur eigenständigen Verwaltung, die sich unter anderem in Form eines eigenen Landtags manifestierte. Diese Situation erhielt sich auch, als die Oberlausitz im Zuge des Prager Friedens von 1635 als Nebenland dem sächsischen Kurfürstentum zugesprochen wurde. Erst um die Zeit um 1831, mit der vollständigen Integration des Markgraftums in die Verfassung des nunmehrigen sächsischen Königreichs, endete die Selbstverwaltung der lokalen Herrschaftsträger.

Neben den sogenannten Sechsstädten, den Standesherrschaften und den geistlichen Vertretern der Oberlausitzer Klöster wurde die Herrschaftsverwaltung und -ausübung auch und vor allem von Vertretern der niederadligen Rittergutsbesitzer getragen. Es ist davon auszugehen, dass diese besondere verfassungsgeschichtliche Situation spezifische Formen adliger Partizipation sowie Vernetzungs- und Identitätsbildungsprozesse hervorbrachte, die im Rahmen des Dissertationsprojekts untersucht werden sollen. Methodisch ist dabei auf ein netzwerkanalytisches Vorgehen zurückzugreifen, das eine Vielzahl unterschiedlicher Quellentypen sowie die Arbeit mit spezieller Software zur Auswertung und Darstellung von Forschungsdaten einbezieht.